

Weiteren Meilenstein mit Zulassung des Volksbegehrens erreicht

MdL Frank Kuschel: Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ nicht blockieren, sondern respektieren

Mit der Zulassung des Volksbegehrens „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ durch die Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) am 24. November ist ein weiterer Meilenstein erreicht. In Thüringen streiten Bürgerinnen und Bürger seit Jahren unter dem Dach der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. (www.buergerallianz.de) für die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge.

Auch DIE LINKE hat seit mehr als 15 Jahren immer wieder parlamentarische Initiativen in diese Richtung ergriffen, die jedoch an der Blockadehaltung von CDU und SPD gescheitert sind. Letztlich nahmen die Bürgerinnen und Bürger das Heft des Handelns selbst in die Hand und initiierten das Volksbegehren. Mit einem beachtlichen Ergebnis von rund 25.000 Unterschriften wurden die erste Hürde erfolgreich genommen und fast das Fünffache der eigentlich notwendigen Unterstützerunterschriften für den Zulassungsantrag erreicht.

Mit der Zulassung des Volksbegehrens durch die Landtagspräsidentin ist nun ein weiteres Zeichen gesetzt, dass es an der Zeit ist, im Thüringer Kommunalabgabenrecht tatsächlich einen neuen, bürgerfreundlichen Weg einzuschlagen. „Die von der CDU jüngst angekündigte Neuausrichtung ist nicht geeignet, die Probleme im Sinne der Bürger zu lösen. Dies geht nur mit einer Abkehr vom bisherigen System der Beitragsfinanzierung“, so Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Die Landesregierung ist aufgefordert, „die Initiative nicht zu blockieren, sondern zu respektieren“.

Die Landesregierung bzw. ein Drittel der Landtagsmitglieder haben auf Grundlage des Thüringer Gesetzes über das Verfahren bei Bürgerantrag, Volksbegehren und Volksentscheid

(ThürBVVG) nach Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung die Möglichkeit, binnen eines Monats gegen das zugelassene Volksbegehren beim Thüringer Verfassungsgerichtshof zu klagen. Nach Ablauf dieser Frist wird das Volksbegehren durch die Landtagspräsidentin im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht und die Sammlungsfrist festgelegt. Diese darf frühe-

stens acht Wochen, spätestens aber 16 Wochen nach Bekanntgabe beginnen. Innerhalb von vier Monaten sind dann zehn Prozent der Stimmberechtigten zu erreichen, also über 178.000 Unterschriften zu sammeln.

Bürgerbüro der Linksfraktion
im Thüringer Landtag,
Telefon: 0361-3772637, E-mail:
koelbel@die-linke-thl.de

Zum Markttag in Kassel „das Salz zurück gebracht“



Im Zeichen einer weiteren Protestaktion gegen die Salzlaugenversenkungen stand kürzlich der Wochenmarkt im hessischen Kassel. „Wir bringen das Salz zurück“, so das Motto der Vertreter von Parteien, Bürgerinitiativen, Sport- und Umweltverbänden sowie der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, um gegen eine erneute Genehmigung der Laugenversenkung durch den Kali+Salz-Konzern zu protestieren. Mit dabei auch die Thüringer Landtagsabgeordneten der LINKEN Matthias Bärwolff (mit seinem LKW L60) und Tilo Kummer mit einem Bauchladen voller Salztüten und Laugen-„Kostproben“. Katja Wolf, Umweltpolitikerin der Linksfraktion, erklärte, K+S müsse endlich ein schlüssiges Konzept vorlegen, wie Werra und Weser wieder naturnah werden sollen, und vor allem mehr Geld in einen umweltverträglicheren Abbau stecken.

In Neuhoft bei Fulda begann am 28. November das Erörterungsverfahren für eine Salzwasser-Pipeline zur Werra. Wie der MDR, Radio Thüringen, meldete, liegen gegen das Vorhaben rund 5.000 Einsprüche vor. Die Gegner befürchten, dass die Werra bei Hochwasser viel Salz an die Ufergebiete schwemmt. Auch Gemeinden, wie Gerstungen, Dippach, Dankmarshausen oder Berka/Werra, wehren sich gegen den geplanten Bau der Rohrleitung.



UN-Kinderrechtskonvention

Aus Anlass des 22-jährigen Bestehens der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November erinnerte MdL Sabine Berninger an deren noch immer nicht vollständig erfolgte Umsetzung in der Bundesrepublik und in Thüringen:

„Rassistisch motivierten Straf- und Gewalttätigen den in der Gesellschaft vorhandenen Resonanzboden zu entziehen, heißt auch, Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Migrationsbiografie oder aufgrund ihres Aufenthaltsrechtlichen Status zu diskriminieren.“

Erst im vorigen Jahr hatte die Bundesrepublik ihre ausländerrechtlichen Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen, trotzdem wird die Kinderrechtskonvention für Flüchtlinge nicht vollständig umgesetzt. „Residenzpflicht, Unterbringung in Lagern, entwürdigende Gutscheinpraxis und eine Einschränkung medizinischer Behandlungen treffen insbesondere Kinder schwer und haben erhebliche Auswirkungen auf eine dem Kindeswohl entsprechende persönliche Entwicklung“, sagte die Migrationspolitikerin der Linksfraktion. „Würde Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben ohne Diskriminierung ermöglicht, würde man einen tatsächlichen Beitrag gegen ausländerfeindliche Einstellungen und Rassismen leisten und Rassisten die Grundlage entziehen.“

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die letzten Sitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden in der Zeit vom 14. bis 16. Dezember statt. Als Schwerpunkt steht auf der Tagesordnung die abschließende Beratung des Landeshaushalts für 2012.

Linke Medienakademie:

Die Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN ist Mitveranstalter der 2. LIMAreional. Sie findet am Samstag, den 3. Dezember, an der Fachhochschule in Erfurt ab 9.30 Uhr statt. Alternative Medienmacher und solche, die es werden wollen, melden sich bitte an unter www.linke-medienakademie.de.

Internet:

Ständig aktualisierte Informationen der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE unter:
www.die-linke-thl.de

Personalvertretungsrecht

Nachdem die SPD der Vertagung der Beschlussfassung zum Personalvertretungsgesetz zugestimmt hat, sprach MdL Knut Korschewsky von einem „peinlichen Offenbarungseid“. Der LINKE-Politiker betonte: „Die SPD nimmt nicht mehr nur keine Rücksicht auf den Koalitionsvertrag, schließlich ist der Gesetzentwurf in der Regierung abgestimmt und beschlossen, sie lässt sich auch noch als Steigbügelhalter für einen Teil in der CDU-Fraktion missbrauchen, der die Personalvertretungsrechte noch weiter beschneiden will.“ Dabei sei das Personalvertretungsrecht eigentlich ein sozialdemokratisches Kernthema gewesen und das jetzige Agieren „ein sozialdemokratisches Trauerspiel“.

Rothmann-Ehrung

Mit einer Veranstaltung am 29. November – dazu mehr in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports – ehrte die Linksfraktion Ottomar Rothmann. 1921 geboren war er wegen der Verbreitung von Aufrufen zum Widerstand gegen Hitler und für die Beendigung des Krieges mehrfach verhaftet, ohne rechtskräftiges Urteil im KZ Buchenwald interniert worden und arbeitete in der illegalen Häftlingsorganisation mit. Nach der Befreiung war Ottomar Rothmann als Zeitzeuge gefragter Gesprächspartner und von 1974 bis 1986 stellvertretender Direktor der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Im Oktober 2011 wurde ihm die Ehrenbürgerwürde der Stadt Weimar verliehen.

Rundfunkgebühren

Nach einer Konferenz der Staatskanzleichefs der Länder am 17. November hatte die Thüringer Ministerin Marion Walsmann (CDU) erklärt, dass ostdeutsche Kleingärtner ab 2013 nun doch keine Rundfunkgebühr für ihre Datschen bezahlen müssen. Die bekannt gewordene Absicht hatte Bodo Ramelow scharf kritisiert. Jetzt heißt es, die Befreiung von der Gebühr werde unabhängig von der Größe der Gartenlauben gelten. Die größeren ostdeutschen Lauben sollen nicht anders behandelt werden wie die kleineren westdeutsche – soweit sie nicht zum Wohnen benutzt werden. Die geräteabhängige Rundfunkgebühr wird zum 1. Januar 2013 in eine Haushaltsabgabe (pro Wohnung) umgewandelt.